

Wir geben Nordrhein-Westfalen wieder eine Zukunft

Entschließung des 33. Bundesparteitages
der CDU Deutschlands am 22. März 1985 in Essen

1. Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Zukunft

Nordrhein-Westfalen, mit 17 Millionen Bürgern das bevölkerungsreichste Bundesland im Herzen der Bundesrepublik Deutschland, ist geprägt vom Fleiß seiner Menschen, von der Vielfalt und dem kulturellen Reichtum seiner Landschaften und Städte und von einem bedeutenden wirtschaftlichen Kraftpotential. Mit seiner traditionsreichen Industrie hatte es einen maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Unter christlich-demokratischer Regierungsverantwortung wurde Nordrhein-Westfalen zum industriellen Kernland Deutschlands und Europas, zum führenden Kohle- und Stahlproduzenten, zum Energiezentrum der Bundesrepublik Deutschland, zum bevorzugten Standort für den Maschinen- und Anlagenbau und für eine leistungsfähige chemische Industrie. Neben der Großindustrie gedieh ein vielseitiger und leistungsfähiger Mittelstand, der u. a. auch in den Branchen Textil und Möbel eine führende Position einnahm.

Unter christlich-demokratischer Regierungsverantwortung in Bund und Land war Nordrhein-Westfalen Nummer 1 an Wachstum, Investitionskraft, Beschäftigung und Einkommen. Nordrhein-Westfalen trug dank seiner Wirtschaftskraft erheblich zum Länderfinanzausgleich bei.

Der Haushalt und die Finanzen des Landes waren gesund. Seit jedoch die Sozialdemokraten das Land regieren, hat Nordrhein-Westfalen seine führende Stellung verloren. Nach fast 20jhriger SPD-Herrschaft sind die traditionellen Schwer- und Großindustrien in eine schwierige Struktur- und Absatzkrise geraten, hat sich die Überschuldung der öffentlichen Haushalte

dramatisch zugespitzt, wurde die notwendige Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen blockiert und verschlafen, nahm die Arbeitslosigkeit schneller als im Bundesdurchschnitt zu, wurde die ehemalige Wachstumslokomotive zum Schlußlicht des wirtschaftlichen Aufschwungs. Qualifizierte Arbeitnehmer, Techniker und Wissenschaftler wandern ab; investitions- und risikobereite Unternehmer bevorzugen günstigere Standorte; neue Technologien finden im Süden der Bundesrepublik Deutschland bessere Entwicklungsmöglichkeiten. Das Beharren in alten Strukturen verhinderte eine dynamische, zukunftsorientierte Neuansiedlungs- und Neugründungspolitik.

Insbesondere das Ruhrgebiet — seit über 100 Jahren das industrielle Herz Deutschlands — hatte unter sozialdemokratischer Herrschaft zu leiden: Die Arbeitslosigkeit ist hier um 50 Prozent höher, die Wachstumsrate dagegen deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Die mit lang anhaltenden Anpassungsproblemen kämpfenden Branchen Kohle und Stahl beherrschen noch immer die wirtschaftlichen Strukturen des Reviers. Dagegen sind die Impulse neuer Wachstumsbranchen und Technologien und die zukunftsorientierte Umstrukturierung unserer Volkswirtschaft fast vollständig am Revier vorbeigegangen.

Selbst die Gewerkschaften haben inzwischen, so etwa das IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen, die „verfehlte Technologie- und Strukturpolitik“ als Ursache für den „rapiden Anstieg der Massenarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet“ erkannt: „Im Revier ist eine Dunstglocke entstanden von verfestigten Machtstrukturen und mangelnder Innovationsbereitschaft bei Unternehmern und Politikern. Neue Industrieunternehmen, die außerhalb der traditionellen Industriestruktur standen, haben sich im Ruhrgebiet daher nicht ansiedeln können oder dürfen . . . Wenn es Schwierigkeiten mit der herkömmlichen Produktion gegeben hat, dann halfen Politiker mit Subventionen kurzfristig übers Größte hinweg.“

Unter dem historischen Versäumnis der sozialdemokratischen Landesregierung, dem Ruhrgebiet über die traditionelle Basis von Kohle und Stahl hinaus neue Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen, hat das ganze Land zu leiden.

Nachdem die Sozialdemokraten sowohl im Bund als auch im Land versagt haben, ist eine grundlegende wirtschaftliche und politische Erneuerung Nordrhein-Westfalens überfällig.

Der Kurs der wirtschaftlichen Erneuerung, des Aufschwungs und der Konsolidierung, den die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl seit 1982 mit Erfolg vorantreibt, muß endlich auch in Nordrhein-Westfalen zum Zuge kommen. Er darf nicht länger von einer SPD-geführten Landesregierung blockiert werden. Sie kümmert sich mehr um den Erhalt ihrer Macht als um die Zukunft dieses Landes.

Den Bürgern Nordrhein-Westfalens, die 1983 mit ihrer Stimme für die CDU Helmut Kohl und die neue Bundesregierung in ihrem Kurs des Aufschwungs und der Stabilität bestätigt haben, rufen wir zu: Laßt euch den Aufschwung nicht kaputt machen! Laßt nicht zu, daß der Aufschwung an Nordrhein-Westfalen vorbeigeht! Am 12. Mai 1985 ist jede Stimme für die CDU und für Bernhard Worms eine Stimme für den Aufschwung und für die wirtschaftliche Erneuerung auch in Nordrhein-Westfalen!

2. Wir geben Nordrhein-Westfalen eine neue Zukunft

Jetzt gilt es, den spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung im Bund auch für eine Modernisierung und Revitalisierung Nordrhein-Westfalens und seiner traditionsreichen Industriestandorte zu nutzen. Diese Herausforderung ist nur zu meistern, wenn Bund und Land Hand in Hand arbeiten. Der Versuch der SPD-Landesregierung, sich als Opposition zur Bundesregierung zu profilieren, schadet den Interessen des Landes. Schon allein aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Wähler am 12. Mai der CDU die politische Führung anvertrauen und damit eine Politik der wirtschaftlichen Erneuerung aus einem Guß ermöglichen.

Nordrhein-Westfalen braucht sowohl die Konsolidierung seiner traditionellen Industriestrukturen als auch eine Öffnung für neue Wachstumsimpulse, für die Anwendung neuer Technologien und für die Ansiedlung neuer zukunftsorientierter Unternehmen.

Kohle und Stahl sind auch aus der künftigen wirtschaftlichen Struktur des Landes und insbesondere des Ruhrgebietes nicht wegzudenken. Ihre Zukunft kann nur in einem abgestimmten nationalen und europäischen Verbund gesi-

chert werden, der eine angemessene Kapazitätsauslastung, hohe Qualität, Umweltverträglichkeit, neue Nutzungsformen und faire Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten gewährleistet.

Der Bund und die anderen Bundesländer sind aufgefordert, Nordrhein-Westfalen auch weiterhin bei der Anpassung und Modernisierung seiner Altindustrien zu helfen. Mit ihren Hilfen für Kohle und Stahl hat die Regierung Helmut Kohl in kurzer Zeit bereits mehr für die Bewältigung der dringenden Probleme des Reviers getan als die Sozialdemokraten in jahrzehntelanger politischer Verantwortung. Mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes in der Stahlindustrie und zusätzlichen Anpassungsschichten im Steinkohlenbergbau wurden Tausende von Arbeitsplätzen gesichert. Durch die Förderung von Umstrukturierungen und Neuinvestitionen in der Stahlindustrie in Milliardenhöhe hat die Bundesregierung trotz angespannter Haushaltslage einen wirksamen Beitrag dazu geleistet, daß sich das Revier als Industriestandort auch in Zukunft behaupten kann. Der Bund wird auch künftig im Rahmen seiner Regionalpolitik einen aktiven Beitrag für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung der Stahlstandorte leisten.

Eine Anschlußregelung für den Hüttenvertrag und damit die staatliche Unterstützung der Wettbewerbsposition der deutschen Kokskohle ist erforderlich.

Die Stahlindustrie ist mit ihrer zunehmenden Konzentration auf hochwertige und kundenorientierte Stahlerzeugnisse auf dem richtigen Weg, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir unterstützen die Anstrengungen der Bundesregierung, den verhängnisvollen Stahl-Subventions-Wettlauf in der Europäischen Gemeinschaft zu beenden und zu fairen Wettbewerbsbedingungen zurückzukehren.

Mit der Kohleförderung übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft eine Energie-Sicherungsaufgabe, die der gesamten Bundesrepublik Deutschland zugute kommt und deshalb auch solidarisch vom Bund und von den anderen Bundesländern mitgetragen wird. Die CDU Deutschlands bekräftigt, daß der Steinkohlenbergbau in die Lage versetzt werden muß, zur langfristigen nationalen Energieversorgung auch über den Jahrhundertvertrag hinaus beizutragen. Dazu gehört auch die langfristige Eigenverpflichtung der deutschen Stromwirtschaft.

Die heimischen Kohlevorräte sind zu wertvoll, um allein in der Stromerzeugung verbraucht zu werden. In der Kohleveredlung und im Verbund von Kohle und Kernkraft eröffnen sich langfristig neue Nutzungsmöglichkeiten von großer wirtschaftlicher Tragweite. Dies gilt sowohl für die langfristige kostengünstige Energieversorgung als auch für den Ölersatz im Treibstoff- und Chemiegrundstoffbereich. Wir unterstützen die CDU Nordrhein-Westfalens in dem Ziel, die Möglichkeiten der Kohleveredlung in Nordrhein-Westfalen zu demonstrieren und zur wirtschaftlichen Anwendungsreife zu führen. Bau und Entwicklung neuer konventioneller und nuklearer Kraftwerke, der Verbund von Kohle und Kernkraft geben aber nicht nur der Energieproduktion neuen Auftrieb, sondern sind auch die Grundlage weltweiter Exportchancen mit vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten in Forschung und Entwicklung, im Anlagenbau und in der Zulieferindustrie.

Nordrhein-Westfalen muß seine Rolle als Energieland behaupten: Eine gesicherte und möglichst preiswerte Energieversorgung ist Grundlage für eine hochentwickelte Industrie und Wirtschaft.

Die Industriestandorte Nordrhein-Westfalens bieten sich als Musterregionen für eine marktwirtschaftlich orientierte neue Umweltpolitik an. Durch flexible Kompensationsregelungen können die Anlagenbetreiber entscheiden, wie geltende Grenzwerte in bestimmten Räumen eingehalten oder unterschritten werden sollen. Dadurch kann die Gesamtbelastung der Umwelt gerade in Ballungsgebieten wie dem Revier insgesamt gezielter, kostengünstiger und damit wirtschaftlicher gesenkt werden, als durch starre administrative Auflagen. Wir begrüßen daher, daß die Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen dazu im Rahmen der Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes schafft.

Das Ruhrgebiet kommt aber nicht nur als Adressat, sondern gleichermaßen auch als Produzent von Umweltinvestitionen in Betracht; eine marktwirtschaftlich betriebene Umweltpolitik wird über die Steigerung privater und öffentlicher Umweltinvestitionen vielen mittleren Betrieben Aufträge und Arbeitsplätze schaffen. Wer der Kohle eine Zukunft als Energieträger im Verbund mit der Kernkraft sichern will, muß für eine umweltverträgliche Verwendung der Kohle sorgen. Auch deshalb kommt der erfolgreichen Luftreinhaltepolitik der Bundesregierung für das Ruhrgebiet besondere Bedeutung zu. Die neue Großfeuerungsanlagenverordnung und die novellierte TA-Luft stellen effektive Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung dar. Damit konnten

jahrelange Versäumnisse der früheren Bundesregierung wettgemacht und die Zukunft der Kohle zur Energieerzeugung gesichert werden.

Nordrhein-Westfalens Wirtschaft hat in der Chemie sowie im Maschinen- und Anlagenbau nach wie vor eine führende Stellung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir unterstützen die CDU Nordrhein-Westfalens in dem Ziel, daß sich diese gesunden Branchen auch künftig in Nordrhein-Westfalen entwickeln und entfalten können, daß ihre Standortbedingungen weiterhin attraktiv bleiben und daß sie durch stetige, verlässliche, langfristig kalkulierbare politische Rahmenbedingungen ermutigt werden, in Nordrhein-Westfalen auf lange Sicht zu investieren und zu produzieren.

Für die wirtschaftliche Zukunft des Landes ist es entscheidend, daß Nordrhein-Westfalen sich ebenso wie andere unionsgeführte Bundesländer den Zukunftstechnologien in allen Bereichen wirtschaftlicher Tätigkeit öffnet und der Privatinitiative und dem Unternehmertum eine neue Chance gibt. Dies gilt vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen, die sich den strukturellen Veränderungen erfahrungsgemäß schneller anpassen. Sie zeichnen sich durch überdurchschnittliche Innovationsbereitschaft und Kreativität aus. Die Gründung von Unternehmen ist ebenso wie die Investitionsbereitschaft bestehender Betriebe nachhaltig zu fördern.

Die Bemühungen der Bundesregierung, Existenzgründungen zu erleichtern und Investitionsbarrieren zu beseitigen, werden sich auch auf die Investitionsbereitschaft in Nordrhein-Westfalen günstig auswirken und die Voraussetzungen für eine Welle von Neugründungen schaffen. Dies erfordert aber auch eine Landespolitik, die ein öffentliches Klima schafft, in dem sich Spitzenleistungen, unternehmerische Initiative, technologische und wirtschaftliche Neuerungen und Investitionen entfalten können.

Wir unterstützen die CDU in Nordrhein-Westfalen in ihrem Ziel, die Forschungsleistungen des Landes vor allem durch eine Stärkung der Forschung an den Hochschulen und eine an künftigen Wachstumschancen orientierte Schwerpunktbildung in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen neu zu beleben.

Nordrhein-Westfalen kann auf seine vorhandene industrielle und wissenschaftliche Leistungsstärke aufbauen und vor allem diejenigen Potentiale der Arbeitsteilung und Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stär-

ken, die sich regional herausgebildet haben. Eine sinnvolle Schwerpunktsetzung, Arbeitsteilung und Einbettung in das regionale Umfeld ist auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung und Umstrukturierung der Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland günstiger, als wenn jedes Bundesland den Ehrgeiz entwickelt, Forschungseinrichtungen in **allen** modernen Technologiefeldern im eigenen Lande zu unterhalten.

Wenn Bund und Land in der Forschungs- und Technologiepolitik an einem Strang ziehen, dann können sich die regionalen Kraftfelder in Nordrhein-Westfalen optimal entfalten: So findet z. B. die Fertigungstechnik in der TH Aachen und der in ihrem Umfeld liegenden Industrie ebenso günstige Bedingungen wie die Chemie und Biotechnologie im Raum Köln/Jülich mit der Universität, der chemischen Industrie und den großen außeruniversitären Zentren. Mikroelektronik, Energie-, Werkstoff- und Umweltforschung haben insbesondere im Ruhrgebiet eine wissenschaftlich wie wirtschaftsstrukturell hervorragende Basis, die es weiter auszubauen gilt.

Wir treten dafür ein, daß der Bund Nordrhein-Westfalen hilft, neue Forschungsinstitute anzusiedeln, die Aufgabenstellung der bereits ansässigen, bewährten Forschungsinstitute auf den neuesten Stand zu bringen, das heißt, sie in Richtung zukunftsträglicher Entwicklungen neu zu definieren. Eine zukunftsgerichtete Forschungs- und Technologiepolitik darf sich nicht scheuen, gegebenenfalls auch bestehende Lehrstühle und Forschungseinrichtungen umzuwidmen und mit neuen Aufgaben zu betrauen.

Mit einer neuen, marktwirtschaftlich orientierten Politik unter Führung der CDU wird es Nordrhein-Westfalen gelingen, seine großen Kraftreserven zu entfalten und wieder auf eigenen Beinen zu stehen. In der Übergangsphase muß und wird der Bund dem Land helfen, die Anpassungsprobleme seiner alten Industrien zu bewältigen, neue Wachstumsfelder zu erschließen und die Ansiedlung neuer Branchen und Unternehmen zu erleichtern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat Nordrhein-Westfalen viel zu verdanken. Wir lassen Nordrhein-Westfalen bei der Bewältigung seiner Strukturprobleme nicht im Stich. Voraussetzung dafür ist es, daß Bund und Land unter Führung von Helmut Kohl und Bernhard Worms wieder Hand in Hand arbeiten können.

Wir rufen die Bürger Nordrhein-Westfalens auf, der Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Erneuerung im Bund nun auch in Nordrhein-Westfalen zum Durchbruch zu verhelfen. Unter CDU-geführten Landesregierungen konnte Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft bestehen. Mit einer neuen, CDU-geführten Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen in der Solidarität des Bundes und der anderen Bundesländer den Anschluß an den wirtschaftlichen Aufschwung gewinnen und gemeinsam mit den anderen Bundesländern dazu beitragen, Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation zu sichern.